

Schuldnerberatung im Kreis Esslingen

Kaffee und Gespräche

"Überschuldete brauchen starke Beratung" - unter diesem Motto hat die bundesweite Aktionswoche Schuldnerberatung begonnen. Der Landkreis Esslingen beteiligt sich mit Kaffee und Gesprächen.



Im Kreis Esslingen sind etwa 32.600 Menschen überschuldet.

Im Landkreis Esslingen sind nach offiziellen Angaben etwa 32.600 volljährige Menschen überschuldet. Bundesweit ist die Zahl im vergangenen Jahr noch einmal angestiegen. Laut Schuldneratlas Creditreform stecken in Deutschland rund 6,9 Millionen Bürger in der Schuldenfalle. Überschuldung bedeutet, dass es nicht mehr gelingt, alle offenen Rechnungen und Verbindlichkeiten planmäßig zu bezahlen. Kosten wie Mahngebühren oder Zinsen können so schnell in einen Abwärtsstrudel führen.

Zur Aktionswoche Schuldnerberatung vom 19. bis 23. Juni 2017 ist der Landkreis Esslingen mit einem "Kaffeemobil" in seinen Städten unterwegs. Neben einem starken Kaffee will er Informationen und Gespräche rund ums Thema Schulden anbieten. Die mobile Beratung macht hier Halt:

- Kirchheim unter Teck am 19. Juni von 8 bis 13 Uhr in der Max-Eyth-Straße 19
- Esslingen am Neckar am 20. Juni von 8 bis 13 Uhr am Bahnhofplatz
- Filderstadt-Bernhausen am 21. Juni von 8 bis 12.30 Uhr auf dem Wochenmarktplatz

Große Nachfrage, geringes Angebot

Der Kreis Esslingen konnte zuletzt nach eigenen Angaben nur einen Bruchteil der Hilfesuchenden, verschuldeten Menschen beraten. Die Kluft zwischen Angebot und Bedarf sei jedoch nicht nur im Kreis groß, sondern bundesweit fehle es an der Finanzierung für entsprechende Beratungsstellen, heißt es in einer Mitteilung. Dabei sei durch mehrere Studien die positive Wirkung der Beratung nachgewiesen. Für jeden Euro, der für soziale Schuldnerberatung aufgebracht werde, würden Kosten von zwei bis fünf Euro für die öffentliche Hand vermieden, zum Beispiel weil Hilfesuchende mit Unterstützung wieder eine Arbeit finden würden.

Vor der Bundestagswahl im Sommer stellt die Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung daher Forderungen an die Politik. Dazu gehören zum Beispiel Geld für die Finanzierung von Schuldnerberatung, aber auch existenzsichernde Mindestlöhne und den Abbau prekärer Arbeitsverhältnisse.

Stand: 19.6.2017, 11.37 Uhr